

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

9.6.1928 (No. 133)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einjährig 32.50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Fall Pekings

W.W. Shanghai, 9. Juni. (Tel.) Die südchinesischen Truppen haben morgens 10 Uhr in voller Ruhe und Ordnung Peking in Besitz genommen. Der Fall Pekings und die Verwirklichung der Ziele der Südtruppen hat in Südkina keine große Überraschung hervorgerufen, da man dort diese Ereignisse erwartet hatte. Hingegen herrscht dort allgemeine Befriedigung, da die Hoffnung auf Frieden näher gerückt sei. Das Bestreben der Nationalisten soll jetzt dahingehen, einen Konflikt der siegreichen Generale bei der Verteilung der eroberten Gebiete zu verhindern.

Kämpfe um Tientsin

W.W. London, 9. Juni. (Tel.) Um Tientsin haben sich Kämpfe entwickelt. „Times“ berichtet aus Tientsin: Fengshuangs Heer von 40 000 Mann schließt langsam Tientsin ein. Die Nordtruppen halten das linke Ufer des Peiho besetzt, die Südtruppen das rechte Ufer. Wahrscheinlich wird sich heute eine Schlacht um den Übergang 20 Meilen unterhalb Tientsin entwickeln. Fengshuangs Heer erhält große Verstärkungen. Beide Heere haben auf britische und japanische Schiffe gefeuert und dadurch einen Stillstand der Flußschiffahrt notwendig gemacht. Westlich von Tientsin steht ein ähnlicher Kampf zwischen den Nord- und Südtruppen um den Großen Kanal bevor.

Der neue nationalistische Außenminister

W.W. Shanghai, 8. Juni. (Tel.) Der frühere chinesische Delegierte an der Pariser Friedenskonferenz, Wang Tscheng King, ist zum nationalistischen Außenminister ernannt worden. Er hat in der chinesischen Presse erklärt, daß er gegenüber den ausländischen Mächten eine entschlossene Haltung einnehmen werde und hinzugefügt: Wir müssen in beschränktem Maße die Militärdienstpflicht einführen, dazumal, daß wir jedes Jahr 50 000 Rekruten für zwei Jahre einziehen. In 10 Jahren würde China auf diese Weise 8 Millionen gut ausgebildeter Soldaten besitzen und dann abrechnen. Dr. Wang habe, so bemerkt der Berichterstatter, hierbei auf Japan angespielt.

Die „Bremen“-Flieger von New York abgefahren

W.W. New York, 9. Juni (Tel.) Die „Bremen“-Flieger und ihre Angehörigen haben um Mitternacht mit dem Lloyd-Dampfer „Columbus“ die Reise nach Deutschland angetreten, nachdem sie sich von den am Pier erschienenen Vertretern der deutschen Vereine New Yorks herzlich verabschiedet hatten. Eine dichtgedrängte Menge hatte den Pier besetzt und brach in krasse Abschiedsrufe aus, als der Dampfer aus dem Dock stromabwärts geschleppt wurde.

Der Stille Ozean überflogen

W.W. Brisbane, 9. Juni. (Tel.) Das Flugzeug „Southern Cross“ ist hier angekommen. Der Flug ging von den Fidschifinseln über Neukaledonien nach dem Festland. W.W. Washington, 9. Juni. (Tel.) Präsident Coolidge hat als einer der ersten die Flieger Kingsford Smith und Ulm zum Gelingen ihres Fluges nach Australien beglückwünscht. Der Präsident sandte ein Telegramm an Smith, in dem es heißt, daß der Transpazifikflug einen Fortschritt der Luftfahrt bedeute und die zwischen Australien und den Vereinigten Staaten bestehenden Bande der Freundschaft stärke.

Ein Fernflug Basel—Stockholm

W.W. Basel, 9. Juni. (Tel.) Herr und Frau Alphons Simonius aus Basel sind heute früh um 5 Uhr an Bord ihres eigenen Leichtflugzeuges mit einem 80 PS-Motor zu einem Fernflug nach Skandinavien gestartet. Der Flug geht etappenweise über Frankfurt, Hannover, Hamburg, Kopenhagen, Göteborg, Oslo nach Stockholm. Sofern die Witterungsverhältnisse günstig sind, dürfte bis heute Abend Kopenhagen (etwa 1000 Flugkilometer) erreicht werden.

78 Deutschnationale im Reichstag. Die auf der Liste des Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes gewählten drei Abgeordneten und die auf der Liste des Sächsischen Landvolks gewählten zwei Abgeordneten haben sich der deutschnationalen Reichstagsfraktion angeschlossen. Dadurch erhöht sich die Stärke der deutschnationalen Fraktion von 73 auf 78 Abgeordnete.

Hospitanten beim Zentrum. Wie aus Berliner parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, beabsichtigen die drei Reichstagsabgeordneten, die auf der Liste der Deutsch-hannoverschen Partei gewählt sind, sich der Zentrumsfraktion des Reichstages anzuschließen.

Die Fürstenabfindung in Hessen. Der hessische Landtag nahm am Freitag die Vorlage über die Abfindung des ehemals regierenden großherzoglichen Hauses mit 29 gegen 27 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen an und ging dann in Ferien.

Konferenz aller Länder Deutschlands. An der in Eisenach stattfindenden Konferenz der deutschen Länder wird Regierungsrat Specht vom Bezirksamt Böttingen, wofür er Leiter des Rahmentes ist, als Vertreter Badens teilnehmen. Durch die Lage an der Dreiländerecke werden die Vorschläge, die über notwendige Reformen des Rahmentes von dieser Seite erfolgen werden, besonders wichtig und anregend sein.

Die neue Ausweisung in Memel vorläufig zurückgenommen. In einer Besprechung zwischen v. Schubert und dem litauischen Vertreter in Genf ist vereinbart worden, daß die von den litauischen Behörden verfügte Ausweisung des Direktors des „Memeler Dampfbootes“ während einer vorzunehmenden Nachprüfung ausgeföhrt werden soll.

Letzte Nachrichten

Schritte zur Regierungsbildung

W.W. Berlin, 9. Juni. (Tel.) Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichstagspräsidenten Lbbe. Er bestätigte Herrn Lbbe, daß er am Dienstag den Auftrag zur Bildung des Kabinetts erteilen werde, da die Regierung erst am Montag zurücktreten werde. Er gebente, den Auftrag einem Sozialdemokraten zu übergeben. Zunächst wolle er aber heute die Parteiführer zu Besprechungen darüber empfangen, welche Parteien und welche Persönlichkeiten für die Bildung einer Regierung in Frage kommen könnten, um Klarheit für seine Entscheidungen zu schaffen.

Im Anschluß an die Besprechungen mit dem Reichstagspräsidenten Lbbe empfing Reichspräsident v. Hindenburg die Führer der großen Reichstagsparteien in der Reihenfolge ihrer Fraktionsstärke. Auch diese Besprechungen tragen zunächst informativem Charakter.

Sitzung des Verwaltungsrates der Reichseisenbahn

W.W. Berlin, 9. Juni. (Privatinformation.) (Tel.) Der Verwaltungsrat der Reichseisenbahngesellschaft trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, um zu der Ablehnung der beantragten Tarif-erhöhung durch die Reichsregierung Stellung zu nehmen. Gegen Mittag dauern die Beratungen noch an.

Das landwirtschaftliche Notprogramm

W.W. Berlin, 9. Juni. (Tel.) Der Reichstagsausschuß zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms, der noch vom bisherigen Reichstag eingesetzt war, nahm heute den Bericht der Reichsregierung über die Verwendung von Reichsmitteln zur Förderung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch entgegen. Reichsernährungsminister Schiele erklärte, daß er heute noch nicht in der Lage sei, über die Verwendung der 25 Millionen Reichsmark für die Genossenschaftsorganisationen zu berichten, weil die Verhandlungen noch nicht begonnen hätten.

Ein Verbot der Saarkommission

W.W. Saarbrücken, 9. Juni. (Tel.) Die Regierungskommission hat dem Landesrat den Entwurf einer Verordnung zugehen lassen, nach der alle Vereinigungen jeglicher Art, die sich mit militärischen Dingen befassen, verboten sind und aufgelöst werden, insbesondere solche, die ihre Mitglieder in militärischen Übungen und im Gebrauch von Kriegswaffen ausbilden oder ausbilden lassen. Ferner ist nach dieser Verordnung den Mitgliedern von Vereinigungen und Gesellschaften jeder Art sowie allen Privatpersonen verboten, Uniformen und Abzeichen, die einen militärischen Charakter haben, zu tragen. Alle militärischen, die den Vereinigungen oder ihren Mitgliedern gehören, werden bei der Auflösung zugunsten der Regierungskommission beschlagnahmt. Zuwiderhandelnde Personen werden mit Geldstrafe bis zu 10 000 Franken oder Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Eine neue Untersuchung der Szent-Gothard- Angelegenheit

W.W. London, 9. Juni (Tel.) „Daily Telegraph“ zufolge ist es wegen der ersten Unzufriedenheit über die Behandlung der Szent-Gothard-Angelegenheit durch den Dreierausschuß des Völkerbundes wahrscheinlich, daß eine nachträgliche For-derung der Kleinen Entente nach einer weiteren Untersuchung vorgebracht wird, die von dem Untersuchungsausschuß geführt werden soll, der in Art. 143 des Trianonvertrages vorgesehen ist. Die Forderung würde die Untersuchung Frankreichs erhalten und zwar sogar Leon Blums, während Chamberlain privat eine ähnliche Haltung des britischen auswärtigen Amtes angedeutet habe.

Der Reichsrat genehmigte am Freitag die Verordnung über die Vereinfachungsbewertung und vermögensrechtliche Veranlagung für 1928. Bei der Vermögenssteuer hat der Reichsrat den Abschlag für Stilllegungen u. Betriebsbeschränkungen bestätigt. Er ersucht aber den Reichsfinanzminister, die etwaigen Härten bei der Steuerzahlung selbst auszugleichen. Das gleiche empfahl der Reichsrat dem Reichsfinanzminister für die Weinbaugebiete, die durch Frostschäden im Mai großen Schaden erlitten haben.

Anlaßlich der Pariser Mozartfestspiele veranstaltete der deutsche Volkshaus v. Höfch Freitagabend in den Räumen der Volkshaus einen Empfang zu dem über 200 Gäste geladen waren. U. a. waren erschienen Unterrichtsminister Herriot, Marschall Vaux, die Mehrheit der in Paris akkreditierten Volkshausler und Gesandten, viele Vertreter der französischen Kunstlerchaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Im Laufe des Abends gaben Lotte Schöne und Hans Fiedler von der Städtischen Oper in Berlin und Kammerfänger Paul Bender von der Staatsoper in München ein Konzert. Als Begleiter am Klavier wirkte Prof. Bruno Walter.

Chamberlain in Urlaub. Laut „Daily Telegraph“ wird Chamberlain, der nach Schluß der Reichstagsarbeiten einige Tage in Urlaub zu gehen beabsichtigt, nicht vor dem 21. Juni in England zurückzukehren.

* Die große Koalition

Der sozialdemokratische Parteiausschuß hat sich mit erdrückender Mehrheit für die Große Koalition ausgesprochen. Der offizielle Beschluß stellt fest, daß das deutsche Volk mit der Reichstagswahl den Willen bekundet habe, daß die Sozialdemokratie die Führung bei der Regierungsbildung übernimmt; der Parteiausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß die Fraktion die notwendigen Verhandlungen einleite.

Die Sozialdemokratie hat also darauf verzichtet, eine Wiedererrichtung der Weimarer Koalition an erster Stelle zu erörtern. Sie hat sich von vornherein für die Kombination ausgesprochen, die in der Tat nach Lage der Dinge die verheißungsvollste ist. Die Große Koalition umfaßt nun einmal eine starke Mehrheit, auf deren Grundlage sicher und zuverlässig regiert werden könnte. Und im allgemeinen ist zweifellos die Stimmung bei allen Partnern so, daß ernstliche Schwierigkeiten kaum noch zu befürchten sind.

Natürlich gibt es sowohl bei der Sozialdemokratie, wie bei der Deutschen Volkspartei eine Minderheit, die nur ungerne mitmachen wird. Bei den Sozialdemokraten sind es die sächsischen und thüringischen Reichstagsabgeordneten, die von einem Bündnis mit der Deutschen Volkspartei noch nichts wissen wollen und eine Politik der Opposition wünschen.

In der Deutschen Volkspartei liegen die Dinge so, daß der rechte Flügel innerlich ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ablehnt, aus verstandesmäßigen Erwägungen aber nicht weiter widerstreben will, weil die Große Koalition eben zur Zeit das Gegebene ist, und zumal die Deutsche Volkspartei nur in dieser Koalition mitarbeiten könnte. Ein Bündnis mit den Deutschnationalen kommt ja zur Zeit nicht mehr in Frage. In demselben Augenblick, in welchem die Deutschnationalen als Koalitionspartner wieder in Betracht zu ziehen wären, würde natürlich der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei alles aufbieten, um die Große Koalition zu sprengen und an ihre Stelle eine Rechtskoalition zu setzen.

All das bedingt einen Faktor der Unsicherheit. Aber den muß man eben in Kauf nehmen. Je größer eine Mehrheit ist, um so weniger leicht ist es, alle Teile dieser Mehrheit innerlich in einer Verbundenheit zu erhalten, die mit innerster Überzeugung gewollt wird. Die Hauptsache ist, daß die Rücksichten auf die politische Vernunft und auf die Interessen der Gesamtheit bei allen Koalitionspartnern so weit überwiegen, daß ohne größere Reibungen und Konflikte regiert werden kann.

Kompliziert wird die Frage der Regierungsbildung im Reich durch die Tatsache, daß nunmehr die Deutsche Volkspartei die Übertragung der Großen Koalition auf Preußen verlangt, also die Hereinnahme in die in Preußen regierende Weimarer Koalition fordert. Die Partei wird dabei durch das Zentrum unterstützt. Ein Artikel des führenden Zentrumsblattes in Berlin, der „Germania“, läßt das klar erkennen.

An und für sich ist ja auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen und mit ihr der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun durchaus kein Gegner einer Großen Koalition in Preußen. Aber aus tatsächlichen Gründen möchte die Sozialdemokratie offenbar diese Angelegenheit noch vertagt und erst im Herbst erledigt sehen, so daß also die Große Koalition im Reich ohne sofortige Rückwirkung auf die Verhältnisse in Preußen gebildet würde. Die nächste Woche wird uns jedenfalls wichtige Entscheidungen bringen, sowohl in der einen, wie in der anderen Frage.

Im württembergischen Landtag hat man sich an die bedeutamen Veränderungen, welche die letzte Wahl hervorgebracht hat, praktisch nicht weiter geföhrt und die bisherige Koalition von neuem gebildet. Allerdings mit einer nicht ganz unbedeutamen Verschiebung, die darin besteht, daß nunmehr der dem Zentrum angehörende Innenminister Dr. Holz zum Staatspräsidenten gewählt wurde, während sich Herr Bazille mit dem Posten des Kultusministers begnügen muß. Auch die übrigen Minister sind wiedergewählt worden, so der bisherige Justizminister Beyerle (Ztr.) und der bisherige Finanzminister Dehlinger (Deutschnational). Die Regierung verfügt nicht über die Mehrheit. Die regierende Koalition, die sich also aus dem Zentrum, dem Bauern- und Weingärtnerbund, den Deutschnationalen und dem Christlichen Volksdienst zusammensetzt, umfaßt 40 von 80 Abgeordnetenstimmen.

Die Sozialdemokratie wäre zu Verhandlungen über die

Bildung einer neuen Regierung bereit gewesen. Aber man ist auf der andern Seite seine eigenen Wege gegangen. Vielleicht wird das auch auf Preußen nicht ohne Wirkung bleiben. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die preußische Sozialdemokratie gerade unter Hinweis auf das württembergische Beispiel erklären wird, daß man nun auch in Preußen bei der alten Koalition bleiben könne, zumal diese auf weit festeren Füßen stehe, als die in Württemberg.

Staatspräsident Dr. Volz hat in einer kurzen Ansprache die Möglichkeit weiterer Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierung angedeutet. Natürlich könnte eine „Erweiterung“ nur darin bestehen, daß auch die vier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei der Koalition beitreten. Die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung würde dagegen eine Umformung der Regierung bedeuten.

Die württembergische Sozialdemokratie hat bereits gestern einen Mißtrauensantrag gegen die Gesamtregierung eingebracht. Er wurde von 40 Abgeordneten abgelehnt, während 36 Abgeordnete (Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten) dafür stimmten; die vier Deutsch-Volksparteiler enthielten sich der Stimme. Ein von demokratisch-volksparteilicher Seite eingebrachter Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Bazille wurde jedoch mit 40 Stimmen angenommen. 39 Abgeordnete stimmten dagegen, und einer enthielt sich der Stimme. Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung des württembergischen Landtags gilt aber die Stimmenthaltung als Ablehnung des Antrags. Es stimmten somit geschäftsordnungsgemäß 40 gegen 40 Stimmen: der Mißtrauensantrag hatte also keine Mehrheit gefunden. Zimmerhin zeigt der ganze Vorgang, wie eigenartig die Verhältnisse in Württemberg liegen.

Der Völkerverbundrat

In der Nachmittagsitzung hat der Rat angefangen die Ablehnung seiner Märzbeschlüsse zum ungarisch-rumänischen Diktatorkonflikt eine Entschließung angenommen, in der der Rat sein tiefes Bedauern darüber ausspricht, daß die streitenden Parteien heute noch zu keiner Verständigung auf der Grundlage der vom Rat ergangenen Empfehlungen gelangt seien. Der Rat hält seine Entschließungen ausdrücklich aufrecht und fordert beide Regierungen noch einmal auf, den langwierigen Streit durch gegenseitige Zugeständnisse zu beenden. Titulescu stimmte diesem Entschließungsantrag zu, während Graf Appony ankündigte, daß er sich der Stimme enthalten werde. Nach der Annahme dieser Entschließung verlas Titulescu einen bereits neuen Vorschlag. Er schlägt im wesentlichen vor, daß ein mit dem Fall besonders vertrautes Mitglied des Rates unterzucht soll, ob im Rahmen der rumänischen Agrarreform Enteignungen vorgenommen wurden, die der Vertrag von Trianon verbietet und gegebenenfalls eine Entschädigungssumme festzusetzen. Der Unparteiische soll sich nach eigenem Ermessen zwei Beisitzer aus den übrigen Ratsmitgliedern wählen. Beide Streitende Parteien verpflichten sich im voraus zur lokalen Vollstreckung der getroffenen Entscheidung, die als endgültig zu gelten hat.

600jähriges Jubiläum der Stadt Darmstadt. Am 23. Juli 1930 sind 600 Jahre vergangen seit dem Tage, an dem der Stadt Darmstadt das Recht der Stadtprivilegien verliehen wurde. Der Erinnerung an diesen bedeutungsvollen Tag soll gedacht werden in einer großen akademischen Feier am 23. Juli 1930. Im Mittelpunkt aller aus Anlaß des Jubiläumjahres in Darmstadt stattfindenden Veranstaltungen ist eine große heftige Gewerbeausstellung auf dem Gelände der Festhalle in der Zeit vom 15. Mai bis 30. September 1930 geplant. Es handelt sich um eine Landesausstellung.

Die französische Polizei im besetzten Gebiet. Nach neuerlicher Zusammenstellung befinden sich im besetzten Gebiet insgesamt 660 Beamte der französischen Sicherheitspolizei. Die Hauptbüros sind in Mainz, Ludwigshafen und Koblenz. In Mainz allein unterhält die Besatzung 80 Eurotrabanten. Ebenfalls befindet sich hier die Zeitung des französischen Nachrichtendienstes, in der sieben Offiziere tätig sind, die mit dem Nachrichtenbüro der Rheinarmee, dem sog. zweiten Büro, das mit 12 Offizieren besetzt ist, in engster Fühlung steht.

Deutsche Kammermusik Baden-Baden 1928

Schon in den letzten Jahren waren die Donaueschinger Kammermusikaufführungen mehr und mehr von der ursprünglichen Absicht, unbekannte und heftigkritisierte Künstlerpersönlichkeiten zu Wort kommen zu lassen, abgedrängt worden. Dafür begann bei diesen sommerlichen Veranstaltungen eine andere nicht minder wichtige Aufgabe in den Vordergrund zu treten: wertvollste Aufklärungsarbeit wurde dadurch geleistet, daß man gewisse Sonderprobleme mit zur Diskussion stellte oder Anregung gab, an lang vernachlässigte Gebiete der Tonkunst mit zeitgemäßen Mitteln heranzugehen. So wurden u. a. der neuen polyphonen Vokalart im Madrigalstil die Wege geebnet, so wurde die Frage der Mechanisierung der Musik in den Kreis der Aufführungen miteingezogen, und es wurde schließlich auch an sinnfällig gewählten Schöpfungen gezeigt, was gegenwärtig unter dem oft falsch gedeuteten Wort „Gebrauchsmusik“ zu verstehen sei. Nachdem mit der Überwindung nach Baden-Baden es noch möglich war, energisch für eine zunächst den Kleinbühnen zugedachte Kammeroper zu werben und über die „Filmoper“ eine fruchtbare Debatte zu eröffnen, war es wohl ganz richtig, wenn grundsätzlich abermals von vielen Besuchern gesagt wurde, daß bei keiner anderen Musikschau des Jahres so eindringlich eine entwicklungs-geschichtliche Linie abzulesen sei.

Nun rüht sich die Deutsche Kammermusik Baden-Baden 1928 wiederum zu einem weiteren Fest und gibt in ihrem soeben veröffentlichten Programm für die Tage vom 13. bis 15. Juli erneut Anlaß zu der erfreulichen Feststellung, daß man auch in diesem Sommer gewillt ist, den Kontakt mit dem Musikgeschehen noch inniger und lebendiger zu gestalten. Soweit es sich schon heute beurteilen läßt, dürften im Mittelpunkt des Interesses vor allem die beiden Klangerwerke, die neue Möglichkeiten einestheils für die Orgelmusik, andererseits für die Kantatenkomposition eröffnen sollen. Von der jüngeren Generation sind einige mit dem Donaueschinger Gedanken längst verbundene Namen wie Philipp Jandach, Ernst Pesping und Fidelio Fink für Orgelwerke gewonnen; zu ihnen gesellt sich als homo novus in diesen Kreis Hans Humpert. Als Kantatenkomponist wird neben altbekannten Musikern (Lupo Herrmann, Darius Milhaud, Jos. M. Sauer) zum erstenmal Ernst Hensler genannt. Sehr wichtig ist natürlich,

Die Wahl des Staatspräsidenten in Württemberg

Volz (Zentrum) Staatspräsident — Bazille (deutschnational) Kultusminister

Der württembergische Landtag nahm am Freitag die Wahl des Staatspräsidenten vor. Zunächst gab Abg. Ulrich (Soz.) eine Erklärung ab, worin er sagte, das Zentrum habe erst kurz vor Beginn der Sitzung mitgeteilt, daß es im Zusammenwirken mit Bürgerpartei und Bauernbund eine der späteren Erweiterung durch andere Parteien (Deutsche Volkspartei) zugängliche Regierungsbildung vorzunehmen beschloßen habe und die Wahl des bisherigen Innenministers Volz zum Staatspräsidenten vorschläge. Die sozialdemokratische Fraktion erwidert hierin eine Mißachtung des durch das Wahlergebnis zum Ausdruck gekommenen Volkswillens und schlägt unter erneuter Betonung ihrer Bereitwilligkeit zur verantwortlichen Mitarbeit für das Amt des Staatspräsidenten den Abg. Keil vor.

An der darauf folgenden Abstimmung nahmen sämtliche 80 Abgeordnete teil. Der frühere Innenminister Dr. Volz (Ztr.) wurde mit 39 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Außerdem erhielten Keil (Soz.) 22, Dr. Ströbel (Bauernbund) 1, Schred (Komm.) 6 Stimmen. Weiße Zettel wurden 12 abgegeben.

Dr. Volz erklärte, daß er die Wahl, einem politischen Gebot folgend, annehme. Seine Partei habe das Amt nicht erstrbt, und sie hoffe auch heute noch, daß bald der Zeitpunkt kommen möge, wo er in der Lage sein werde, einem anderen das Amt abzutreten. Solange er es zu führen habe, werde er sich bemühen, ruhig und sachlich zu arbeiten und die vorhandenen Gegensätze nicht zu verschärfen, sondern zu mildern. (Rufe: Die Abstimmung ist eine Vergewaltigung des Volkswillens.)

Der Staatspräsident Volz berief dann als Justiz- und Wirtschaftsminister den bisherigen Justizminister Dr. Beherle, als Kultusminister den bisherigen Staatspräsidenten und Kultusminister Dr. Bazille (Großer Rarm links), als Finanzminister den bisherigen Finanzminister Dr. Dehlinger. Der Staatspräsident erklärte ferner, daß er in einer späteren Sitzung die Regierungserklärung abgeben werde.

Hierauf gingen ein sozialdemokratischer Antrag ein, „Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen des Landtages“, ferner ein demokratischer Antrag, „Der Kultusminister Dr. Bazille besitzt nicht das Vertrauen des Landtages“, ferner ein demokratischer Antrag, „Der Kultusminister Dr. Bazille besitzt nicht das Vertrauen des Landtages“.

Nach halbständiger Pause wurde der sozialdemokratische Mißtrauensantrag gegen die Regierung mit 40 Stimmen der Rechten, des Zentrums und des Christlichen Volksdienstes, denen 35 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten bei 4 Enthaltungen der Deutschen Volkspartei gegenüberstanden, abgelehnt.

Der demokratische Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Bazille erhielt 40 Ja-Stimmen und 39 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung des Christlichen Volksdienstes. Da diese Entscheidung als nein zählt, war der Mißtrauensantrag abgelehnt.

Der demokratische Abgeordnete Scheef erklärte hierauf, angeht die Abstimmung siehe fest, daß der Kultusminister tatsächlich das Vertrauen dieses Landtages nicht besitzt. Auf Vorschlag des Abg. Volz (Zentr.) wurde dann die nächste Sitzung auf den 19. Juni vertagt zur Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Sturm im preussischen Landtag

Am neuen preussischen Landtag kam es bei der Eröffnungssitzung am Freitag zu stürmischen Szenen. Der kommunistische Abg. Kasper verlangte sofortige Abstimmung über die Freilassung der im Gefängnis sitzenden kommunistischen Abgeordneten Jabel und Bruhn. Alterspräsident v. Rosadowski stellt fest, daß dies nur möglich ist, wenn kein Abgeordneter Widerspruch erhebt. Auf der Rechten wird von einzelnen Abgeordneten zögernd Widerspruch erhoben. Bei den Kommunisten bricht sofort Lärm aus. Man hört bei ihnen Rufe wie: Pfu! Wer ist der Lump!, Inerhörl!, Das ist ja gar kein Abgeordneter!, Aufstehen, freigeht!, Die Kommunisten laufen hinter den Bankreihen herum zur rechten Seite des Hauses, wo sich der Abgeordnete Rosfeld (Bauernpartei und Landvolkpartei) zu dem Widerspruch bekennt. Die Kommunisten drängen ihn allmählich durch einen Gang nach vorne auf das Präsidium und fallen schließlich mit den Fäusten über ihn her, ohne daß andere Abgeordnete ihm zu Hilfe springen. Der Abg. Rosfeld wehrt die Schläge mit den hochgehobenen Armen wenigstens vom Kopf ab.

Alterspräsident Graf v. Rosadowski verläßt unter allgemeiner Unruhe den Präsidentenstuhl und hebt die Sitzung auf. Die Kommunisten lassen von dem Abg. Rosfeld ab. Die Unruhe im Hause dauert jedoch noch minutenlang an. Nach einer kurzen Pause, in der festgestellt wird, daß Abg. Rosfeld blut-

tende Wunden bei der Schlägerei davongetragen hat, nimmt Graf v. Rosadowski seinen Platz wieder ein. Seine Mahnung um Ruhe wird erst nach längerer Zeit befolgt. Er schlägt dann vor, Samstag um 1 Uhr eine neue Sitzung abzuhalten, um eine Regierungserklärung entgegenzunehmen.

pr. Berlin, 9. Juni. (Tel.) Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien des bisherigen preussischen Landtags erklärte sich gestern einstimmig mit der heute abzugebenden Regierungserklärung einverstanden, in der gesagt wird, daß sich die gegenwärtige preussische Regierung durch das Wahlergebnis in ihrer gegenwärtigen Tätigkeit gerechtfertigt und befähigt fühle und daher unverändert im Amt zu verbleiben gedenke. Es wurde beschloßen, auf die Einbringung eines besonderen Vertrauensantrages für das Kabinett Braun zu verzichten. Die Parteien sind der Auffassung, daß nach dem Ergebnis der Wahlen ein solches Vertrauensvotum nicht notwendig sei, und daß es genüge, wenn das kommunistische Mißtrauensvotum mit großer Mehrheit abgelehnt werde.

Die Regierungsbildung in Anhalt

Die Sozialdemokraten sind, wie aus Dessau gemeldet wird, an die Deutsche Volkspartei wegen Beteiligung an der Regierung herangetreten. Bei den Verhandlungen mit der Sozialdemokratie ist dieser als Bedingung für die einkl. Beteiligung an der Regierung seitens der Deutschen Volkspartei ein Programm zur Annahme vorgelegt worden, das u. a. folgende Punkte umfaßt: Senkung der Realsteuer im Staat und Gemeinden, energische Fortsetzung der Verwaltungsreform, Vertiefung eines Sparkommissars, Verhinderung des anhaltischen Zustandes hinsichtlich des Religionscharakters der anhaltischen Schule. Hinsichtlich der Ministerfrage wurde der Vorschlag gemacht, einen Finanzminister, nicht einen Sozialdemokraten, mit einem parlamentarischen Beirat zu wählen. Falls dieser Vorschlag unannehmbar sei, sollen zwei Minister, ein Sozialdemokrat und ein Volksparteiler, die Regierung bilden. Die Sozialdemokratie sagte zu, die Vorschläge zu prüfen.

Badischer Teil

Badische Landwirtschaftskammer

Die Badische Landwirtschaftskammer hält am Freitag, den 15. Juni, 8.30 Uhr beginnend, im Sitzungssaal des Landtags eine außerordentliche Vollversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen Änderungen der Satzung und der Geschäftsordnung der Landwirtschaftskammer sowie der Beamten- und der Besoldungsordnung und Besoldungsordnung, ferner die Aufstellung des Voranschlags für das Geschäftsjahr 1928/29 und An- und Verkauf von Grundstücken.

Badische Werkchau

Das Badische Landesgewerbeamt bereitet für Ende des laufenden Monats eine Ausstellungsveranstaltung in den eigenen Räumen vor, deren Ziel es ist, „Badische Werkchau“ die im Badischen Lande kunsthandwerklich tätigen Kräfte der Goldschmiedekunst (einschließlich Uhrren), Keramik und Textilindustrie (einschließlich Tapeten) in der Zeit vom 23. Juni bis 6. August, auf den Plan zu rufen, um deren Leistungen gerade in der Hauptzeit einer größeren Allgemeinheit bekannt zu machen. Das Badische Kunstgewerbe der genannten Erzeugergruppen soll hierbei zeigen, daß es mit den geschmacklichen Zeitströmungen mitzugehen versteht, wobei es aber auch dazun möchte, daß die an sich begründete Vereinerung unjener Wohnräume von ihrer vielfach zu findenden Überladung doch gerade das schöne Einzigartige und kunsthandwerkliche Erzeugnis nicht ablehnen, sondern seine Berechtigung anerkennen will.

Lernt Auto fahren

in der Fahrschule der

bad. Kraftverkehrsgesellschaft m. b. H.

Gottsaustr. 6 KARLSRUHE Tel. 5149 u. 5449

werden Sie als Berufsfahrer oder Herrnfahrer (auch Damen) auf Benz-Personen- und Lastkraftwagen sowie Krafttraktoren gewissenhaft und gründlich von erprobtem Lehrpersonal ausgebildet — Kursbeginn und Anmeldung jederzeit

daß der Kammer- oder Kurzoper, die überhaupt zur ureigenen Angelegenheit der Badener Feste zu werden scheint, ebenfalls ein besonderer Abend vorbehalten bleibt. Es wird Feuer außerdem noch manche in der Bühnenpraxis bisher unerprobte Kraft dabei ihren Befähigungsnachweis liefern müssen; weder von Hermann Reutter noch von Gustav Kneip, auch nicht von dem Russen Alexander Moschlow ist mir wenigstens eine dramatische Schöpfung in Erinnerung. Mit Zug legt weiterhin die künstlerische Leitung (H. Durland, J. Haas und P. Hindemith) größten Wert auf erneute Illustration der Filmmusik. In einer diesbezüglichen Experimentalführung wird zweifellos „Der sprechende Film“ (Tri-Ergon-Verfahren) in seiner wesentlich verbesserten Form wieder stärkste Aufmerksamkeit finden.

Dieser orientierende Überblick mag genügen, den durchaus ernsten und einzigartigen Charakter der kommenden Veranstaltungen anzudeuten und die musikalische Öffentlichkeit nachdrücklich darauf hinzuweisen. Denn ehlich bemüht sich ebenfalls Baden-Baden, den zeitgebundenen Notwendigkeiten der Situation Rechnung zu tragen und trotzdem für die unerschöpfliche Wirkung der Musik einzutreten. Bemerkenswert sei noch, daß gleichzeitig wieder in Lichtental die Musikantengilde tagt und im Rahmen ihrer der allgemeinen deutschen Jugendmusik gewidmeten Arbeit den Besuchern des Festes eine Sonderveranstaltung in Form einer „Offenen Singstunde“ (mit Instrumentalwerken von L. Weber und P. Hindemith, mit Vokalwerken von Raab und Knorr) vorbereitet. S. Sch.

Danzig und Memel

Die mittelbadische Gruppe der deutschen Akademie jener Vereinigung, die es sich zum besonderen Ziel gesetzt hat, die deutschen Kulturinteressen im Ausland und in den abgetrennten Gebieten zu wahren, hat in Karlsruhe am Freitag in der Technischen Hochschule einen sehr dankenswerten Vortrag veranstaltet, bei dem Dr. Franz Thierfelder, München, über das Deutschtum im Nordosten sprach und so uns ein wichtiges Gebiet hoher deutscher Kultur zeigte, über das bei uns im Südwesten noch mancherlei Unkenntnis und vielfach auch Uninteressiertheit herrscht. Der Vortragende wußte sein Thema „Die deutsche Aufgabe Danzigs und Memels“ den leider nicht in allzu großer Zahl erschienenen an Hand zahlreicher sehr schöner Lichtbilder recht fesselnd vor Augen zu führen,

nachdem der Präsident der Handelskammer, Konsul Nikolai, kurz Ziele und Zweck der deutschen Akademie erörtert hatte. Ihre Hauptaufgabe sei Kunst und Wissenschaft zu unterrichten und das Deutschtum im Ausland zu kräftigen. Sein Gebiet Deutschlands ist aber heute für uns so wichtig und unterstützungsbedürftig wie nun gerade Memel und Danzig.

Dr. Thierfelder, der an Ort und Stelle in Danzig und Memel die Verhältnisse selbst studiert hat, zeigte an Hand einer Karte zunächst die geographische Lage dieser Gebiete und schilderte sodann kurz deren politische Geschichte und Situation. Danzig sieht sich vom Polentum, das sehr zielbewußt vorgeht, bedrängt, in Memel herrscht entgegen dem Volkswillen des vom Völkerverbund garantierten Memelstaats eine absolute litauische Willkürherrschaft. Polen hat sein Ziel, Ostpreußen sich einzuverleiben und nach dem dominium maris Baltici zu streben, nicht aufgegeben. Danzig ist das eine Glied der Kette, gelinkt es ihm, Litauen sich zu verbünden oder zu annektieren, so sikt es auch in Memel und umklammert Ostpreußen, den Torwächter des Deutschtums im Osten.

Der Redner schilderte dann das Werden Danzigs, das seit seinem Entstehen immer eine Pflanzstätte deutscher Kultur war. Memel, das schon weit im Osten liegt, kann freilich nicht mit derartiger herkömmlichen Bauten und Kunstwerken aufwarten, hat aber stets in vorbildlicher Weise deutsche Kulturwerte gepflegt. So hat es 142 Jahre lang ein deutsches Schauspielhaus auf hoher Stufe erhalten, das nun, da die Stadt infolge der traurigen wirtschaftlichen Lage über die erforderlichen Geldmittel nicht verfügt, geschlossen werden mußte. Schon melden sich die Litauer, es zu übernehmen, und damit fielen das einzige, für Litauen in Betracht kommende deutsche Theater, und 140 000 Deutsche im Memelgebiet würden eine wichtige Pflanzstätte deutscher Kultur verlieren. Die deutsche Akademie hat eine „Gesellschaft der Freunde des Memeler Schauspielhauses“ begründet, die die Mittel zur Fortführung des Spielbetriebs aufbringen will. Die Lichtbilder aus Danzig und Memel waren natürlich grundverschieden. Erstere zeigten uns vor allem eine höchentwidelte Baukunst von den Zeiten des gotischen Mittelalters bis zu Renaissance und Barock, während Memels Eigenart als Handels- und Hafenplatz nicht nur u. a. durch ein Hochhaus, das einzige Litauens, sondern auch durch Bilder der großen ländlichen Märkte zum Ausdruck kam. Der Vortrag fand warmen Beifall, dem Präsident Nikolai noch Worte beifügte.

Badischer Landtag

D.3. Karlsruhe, 8. Juni.

Unter dem Vorsitz des 1. Vizepräsidenten Maier-Heidelberg wird am nachmittag

die Generaldebatte über das Innenministerium fortgesetzt.

Abg. Ritter (Linke Kommunist) hält den Vorschlag für arbeiterfeindlich, greift die Sozialdemokratie an, und setzt sich mit den Rechtskommunisten auseinander, weil sie ins reformistische Lager abgeschwenkt seien. Die drei Abgeordneten dieser Partei im Landtag wären sich über den neuen Kurs einig. Die Sozialdemokratie habe sich zu einer ausgesprochen bürgerlichen Partei entwickelt. Auf Ruf von Zentrumsseite: Für wen reden Sie eigentlich? sagt der Redner: Ich vertrete den revolutionären, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Linkskommunismus, der in Baden immerhin einige Tausend Anhänger hat. Erneuter Ruf: Sind die vor Ihnen sitzenden, nicht mehr revolutionär? Abg. Ritter: Das wird sich noch zeigen müssen (Seiterzeit).

Als der Präsident den Redner darauf hinweist, daß die Redezeit bald zu Ende sei, und er deshalb weniger auf Zwischenrufe antworten möge, erklärt Abg. Ritter: Meine Rede gilt nicht dem Hause, sondern soll zum Fenster hinaus gehalten sein (Schallende Seiterzeit). Nur der lebendige Klassenkampf, ausgegossen auf der Straße, werde zum Ziele führen.

Staatspräsident Dr. Kemmle

bemerkte dem Abg. Eigenlaub, daß dem Ministerium von der Absicht einer Verwirklichung der Landesversicherungsämter nichts bekannt sei. Die Gewerbeinspektionen zu vereinfachen, lehne der Reichsarbeitsminister ab. Die badische Regierung sieht ihrerseits keinen Anlaß, zu den oben erwähnten Gedanken Stellung zu nehmen. Bezüglich anderer Organisationsänderungen wolle man abwarten, was die Vereinfachung der Staatsorganisation im Reich bringt. Der Minister bittet dann gegenüber einem Zentrumsantrage, von Abstrichen an den 125 000 M für die Tuberkulosebekämpfung abzusehen. Er fährt fort mit Betrachtungen über die Milchwirtschaft. Es müsse dahin kommen, daß dem Produzenten die Abnahme der Milch auch in Zeiten der Milchschwemme zu einem angemessenen Preise garantiert wird. Könnten die Mittel für die Fürvereinigung im Etat eingestellt werden, so wäre die Erkenntnis für die Notwendigkeit dieser Maßnahme in den Kreisen der Landwirtschaft sicher in größerem Maße vorhanden, als es leider der Fall ist. Statt dessen nehme die Zersplitterung des Bodens immer mehr zu.

Was den Polizeiaufwand anlangt, so trägt das Reich 7 504 000 M. Auf die Städte und Gemeinden entfallen 2 900 000 M, auf das Land 3 652 000 M. Aufgabe der Polizei sei es nicht, sich in Streits einzumischen. Wohl aber muß sie eingreifen, wenn Tötlichkeiten vorkommen. Gerade der letzte Redner hat gezeigt, wozu es kommen soll, wenn man die Macht hat. Es geht nicht an, daß die Kommunisten selbst Handgranaten fabrizieren, sich aber gegen Handgranaten in der Hand des Staates wenden. Die Kommunisten dürfen auch nicht das Versammlungsrecht für sich in Anspruch nehmen, wenn sie es anderen Organisationen nehmen wollen. Das paßt in Zeiten der Diktatur. Die ganze Taktik der Kommunisten geht darauf hinaus, der Polizei Schwierigkeiten in der Erfüllung ihrer dienstlichen Verpflichtungen zu machen. Die Polizeibehörden legen ein Maß von Gehuld an den Tag, daß man sich wundern muß, wenn nicht mehr passiert (Sehr richtig!). Der Abg. Heymann hat den Fall des Herunterfahrens einer roten Fahne in Karlsruhe angeführt. Er hätte lokalweise hinzuzufügen müssen, daß der Übergriff fortrigert wurde. Und wie? Der betreffende Beamte hat sich in Begleitung seines Kommissars in die Wohnung begeben und in aller Form entschuldigen müssen. Die Note Silke zu subventionieren, solange man ihr der kommunistische Nachrichtendienst betrieben wird, wäre Selbstmord des Staates. Die Kommunisten haben kein Recht, mit Mitteln der Gewalt gegen den Staat vorzugehen. Man wird doch nicht glauben machen wollen, der Arbeiterkampf wirtschaftlich zu helfen, wenn man fortgesetzt die Polizei in Konflikt zur arbeitenden Bevölkerung zu bringen sucht. Infolge der Polizei im Reich und im Lande ist eine Volkspolizei am wahrsten Sinne des Wortes, und es würde von ihr in der Öffentlichkeit weit weniger gesprochen werden, wenn sich die Kommunisten auf dem Boden des Gesetzes bewegen würden. Aber das wollen und können sie nicht, weil sie es zu den Zwecken ihrer Agitation brauchen.

Abg. Markloff (Soz.) führt aus: Wenn der Abg. Heymann den Etat genau gelesen hätte, so würde er nicht behaupten, daß der Etat zur Unterdrückung der Arbeiterklasse bestimmt sei. In der Volkspolizei stehen wir auf dem Standpunkte, daß die jetzige Organisation die richtige ist. Eine Verabfolgung der Untersuchungsakten könnte nicht gerechtfertigt werden. Die Fürsorgeverbände, mit besonders großen Aufwendungen, müßten höhere Zuwendungen erhalten. Die Stadt Freiburg stehe an der Spitze bezüglich des Fürsorgeaufwandes auf dem Kopf der Bevölkerung. Die Landesversicherungsanstalt Baden befinde sich hinsichtlich der Durchführung der Heilverfahren an der Spitze aller deutschen Versicherungsanstalten mit einem Aufwand pro Kopf der Bevölkerung weit über dem Reichsdurchschnitt. In den großen Städten sei der Prozentsatz der Tuberkulosekranken kleiner als auf dem Lande. Der Redner wünscht schnellere Erledigung der Rentenansprüche. Er zollt dann dem Gewerbeaufsichtsamt Anerkennung für seinen Bericht. Daß eine Vermehrung der Beamten des Gewerbeaufsichtsamtes eintreten soll, sei zu begrüßen. Bedauerlicherweise hätte die Zahl der Anfälle zugenommen. Die Arbeitskraft müsse so hochziehen, daß ihre Verletzung unter strenge Strafe gestellt wird. Offenheit kommt bald die Ratifikation des Washingtoner Abkommens. Der Arbeiterschutz sei auf alle Arbeitnehmer, auch die Hausangestellten ausgedehnt worden. Im Schlichtungswesen erblickt der Redner die Grundlage zum weiteren Ausbau des Arbeitsrechts. Es wäre endlich an der Zeit, die Arbeiterkammern einzuführen.

Abg. Gertle (Dnt.) trägt Wünsche in bezug auf die Bezirksverwaltung vor, und findet anerkennende Worte für die Tätigkeit der Gendarmerie auf dem Lande. Er begrüßt die Hilfe für die Winger und stellt das segensreiche Wirken des Freiburger Weinbauinstituts fest. Der Redner bittet angesichts der hohen Umlagefüße in manchen Orten um Zuweisung größerer Mittel an die ländlichen Gemeinden. Für den Bauern sei der beste Schulfach notwendig. Abg. Gertle streift zum Schluß die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Abg. Kurz (Soz.) betont, seine Partei sei stets dabei gewesen, wenn es galt, der Landwirtschaft zu helfen. Für den Schutz könne sie sich allerdings nicht erwärmen. Der Redner bringt einige Klagen vor, die sich auf den Gebietsbereich der Landwirtschaftskammer beziehen. Er befürwortet nachdrücklich Förderung des landwirtschaftlichen Schulwesens und tatkräftige Unterstützung des Freiburger Weinbauinstituts, begrüßt das freiwillige Tuberkuloseversicherungsverfahren, und empfiehlt die Einführung der obligatorischen Hagelversicherung. Auf genossenschaftlichem Wege ließe sich noch manches für die Landwirtschaft erreichen.

Abg. Wehringer (Dnt.) gibt dem Abgeordneten Dr. Hoffmann darin recht, daß der Beamtenabbau dem Ansehen der

Beamtenschaft geschadet habe. Gezeigt habe ihn die Stellung des Zentrums zum Berufsbeamtentum im Hinblick auf die Rede Stegerwalds. Das Bezirksamt Baden-Baden sollte wieder errichtet und Wühl aufgehoben werden. Dies entspräche der Bedeutung der Räderstadt. Die Sozialversicherung werde heute kein vernünftiger Mensch missen wollen; gegen was man sich aber wenden müsse, das seien die Mißbräuche, namentlich in der Arbeitslosenversicherung und die hohen Beiträge.

Abg. Hofheing (Dem.) stellt nach dem Verlauf der Debatte fest, daß die erspriechliche Tätigkeit des Ministeriums im allgemeinen anerkannt wurde. Mißstände in der Sozialgesetzgebung, die zweifellos vorhanden seien, müßten scharf beobachtet, und zu gegebener Zeit abgestellt werden. Die sozialen Sicherungen auf die Landwirtschaft auszudehnen, dürfe man nicht ohne weiteres ablehnen. Auch andere Stände hätten ihre Sorgen. Der gewerbliche Mittelstand leide unter der hohen Ertragsbesteuerung. Es müsse alles geschehen, um den kleinen und mittleren Betrieben über die Krise hinwegzuhelfen. Die Großbetriebe könnten wesentlich leichter den Schwierigkeiten begegnen. Der Redner ist hinsichtlich der Schweinezucht der Auffassung, daß seitens der Landwirtschaft der Absatzmarkt nicht scharf genug beobachtet wird. Wundern müsse man sich darüber, daß es bisher nicht gelang, den Milchkonsum in Deutschland zu härten. Der Redner schließt mit dem Wunsch, daß es gelingen möge, Mittel und Wege zu finden, um der Not der Zeit wirksam zu begegnen.

Damit ist

die Generaldebatte geschlossen.

Die Berichterstatter Dr. Führ (Ztr.) und Dr. Glöckner (Dem.) ergänzen im Schlußwort ihre Anträge zum Etat. Abg. Heißhaupt (Ztr.) behauptet, daß die Landwirtschaftsdebatte „abgemurkt“ worden sei. (Vizepräsident Maier-Heidelberg weist diesen Ausdruck zurück.)

Der Berichterstatter wendet sich dann kurz gegen die Auslassungen verschiedener Redner, auch gegen die des Ministers, daß in der Landwirtschaft noch wie zu Großvaters Zeiten gearbeitet werde.

Vizepräsident Maier-Heidelberg bittet auf Zurne den Redner, von weiterer Polemik abzusehen, da sonst die Gefahr der Wiedereröffnung der Debatte bestehe.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf des Ministers des Innern betreffend die Umschuldungshilfe für die Landwirtschaft. Die Richtlinien des Reiches für die Umschuldungskredite sind als Material beigefügt.

Nächste Sitzung: Samstag, 9 Uhr: Einzelberatung.

D.3. Karlsruhe, 9. Juni.

Erster Vizepräsident Maier-Heidelberg eröffnet mit einstündiger Verspätung die Plenarsitzung (zuvor hatte eine Sitzung des Haushaltsausschusses stattgefunden).

Präsident Dr. Baumgartner und Abg. Duffner (Ztr.) sind krank gemeldet.

Eingegangen ist eine Entschließung des Bundes Deutscher Justizmänner — Landesverein Baden — zur Verwaltungsreform.

Das Haus tritt in die

Einzelberatung über das Budget des Innenministeriums

ein. Bei den Vorbemerkungen betreffend den Personalanhang wendet sich Abg. Ledleiter (Komm.) gegen die Aufwandserschätzung des Ministers, gegen die Zulagen der Landräte und schließlich gegen alle Gehaltsbewilligungen über 7000 M.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) regt zum nächsten Budget die wohlwollende Prüfung der Frage an, den Polizeidirektoren die gleichen Zulagen zu gewähren, wie sie die Landräte und Landeskommissäre erhalten.

Abg. Bauer (D. Sp.) unterstützt diesen Wunsch. Auch die ersten Staatsanwälte, soweit sie gewisse Funktionen ausüben hätten, müßten Zulagen erhalten.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dnt.) begründet kurz die Stimmhaltung seiner Fraktion.

Abg. Maier (Wirtsch.) lehnt die Gehälter der höheren Beamten ab, ebenso die Zulagen.

Den Vorbemerkungen wird darauf mit allen gegen 5 Stimmen (Kommunisten und Wirtschaftspartei) bei Stimmhaltung der Deutschnationalen zugestimmt.

Abg. Oskirder (D. Sp.) verweist zu Titel I — Ministerium — auf den Antrag seiner Partei, den Posten für Dienstleistungen von 34 800 M auf 6000 M zu ermäßigen.

Ministerialdirektor Föhrenbach erklärt, daß gewisse Dienstleistungen unbedingt gemacht werden müssen. Gerade der Innenminister sei mit aller Energie darauf bedacht, daß unnötige Reisen vermieden werden.

Abg. Bod (Komm.) stimmt dem volksparteilichen Antrage zu, der indessen gegen 12 Stimmen abgelehnt wird.

Titel II und III passieren ohne Debatte.

Bei Titel IV — Bezirksverwaltung — gibt Abg. Grohmann dem Wunsch Ausdruck, daß endlich nach Verlauf von 10 Jahren mit allem ausgeräumt wird, was dem

Grenzverkehr

irgendwie hinderlich ist. Viele glauben, daß es sich lediglich um Geldmacherei handelt. Baden sollte den Vorstoß machen, damit der unwürdige Zustand, daß man heute noch einen Ausweis braucht, nunmehr fällt. Die Schweiz wird sich dem Verlangen nach völlig freiem Verkehr auf die Dauer nicht verschließen können.

Abg. Amann (Ztr.) pflichtet dem Vorredner bei. Besonders in Konstanz habe man ein Interesse am freien Verkehr nach Basel. Es müsse anerkannt werden, daß von deutscher Seite die Schwierigkeiten kleiner geworden sind. Aber seitens der Schweiz würden zu gewissen Zeiten die Grenzbeschränkungen scharf gehandhabt. Die badische Regierung möge mit der Schweiz und Österreich in Verbindung treten, damit alle Gebühren und Schranken beseitigt werden.

Abg. Gänbler (D. Sp.) fordert gleichfalls den hemmungslosen Grenzverkehr, wobei er speziell an das Interesse der Höri bei Nabholz denkt.

Abg. Dr. Walbeck (D. Sp.) spricht über

den Luftverkehr

und befürchtet, unter Hinweis auf die Fluglinie Zürich — Stuttgart — Frankfurt, daß Baden auch bei künftigen großen Verbindungslinien umgangen wird. Er bittet darum die Regierung, den Flugverkehr besonders zu beachten.

Abg. Ledleiter (Komm.) lehnt Aufwendungen für den Flugverkehr ab.

Abg. Kühn (Ztr.) betont die große volkswirtschaftliche Bedeutung des Luftverkehrs für das ganze deutsche Volk, auch für die Arbeiterklasse. Württemberg sei auf diesem Gebiete sehr erfolgreich gewesen. Freiburg und Merzhausen verdanken zu einem guten Teil ihren Aufschwung dem Luftverkehr, dem die badische Regierung die größte Aufmerksamkeit zuwenden möge. Es sei zu erwarten, daß bei Beförderung der Finanzlage alsbald ein größerer Betrag im Etat erscheint.

Abg. Ritter (Linkskommunist) bemerkt gegenüber einer Wendung des Abg. Ledleiter, daß die linken Kommunisten Anspruch auf Beibehaltung ihrer Sitze in den Gemeindepar-

lamenten hätten, denn die anderen seien von den Grundbesitzern abgewichen, auf die sie gewählt worden seien.

Ministerialdirektor Föhrenbach

weist darauf hin, daß heute in einer Reihe von Staaten zur Ausreise der Staatsangehörigkeitsausweis resp. Reisepaß genügt. Für den Keinen Grenzverkehr mit der Schweiz bestehen noch besondere Vorschriften. Wir im Ministerium kämpfen seit Jahren, daß die Beschränkungen völlig in Wegfall kommen. Die Schwierigkeiten liegen zum größten Teil auf Seiten der Schweiz. Es ist die Angst um den Arbeitsmarkt. Die Schweiz läßt gerne jeden Deutschen hinein, der Geld bringt, ist aber vorsichtig, sofern es sich um die Bewerbung um einen Arbeitsplatz handelt. Der Redner tritt dann den Anschauungen Ledleiters über die oberen Beamten entgegen und stellt fest, daß solche auch im Ministerium abgebaut worden seien. Was den § 17 der Gemeindeordnung anlangt, so besteht nicht die Absicht, besondere Richtlinien herauszugeben. Man wolle die Entwicklung der Rechtsprechung abwarten.

Schließlich wendet sich der Vertreter des Ministeriums gegen die kommunistische Auffassung über den Luftverkehr. Man müsse sich darüber wundern, daß die Kommunisten gegen den technischen Fortschritt seien. Die Regierung verfolge aufmerksam die Entwicklung, und ist der Meinung, daß Baden nicht zu spät kommen darf.

Abg. Dr. Volkhard (Dem.) unterstützt die Ausführungen des Abg. Kühn und des Regierungsvortragenden über den Luftverkehr. Frankfurt mache alle Anstrengungen auf diesem Gebiete, so daß die großen badischen Städte Schwierigkeiten haben, an den internationalen Flugverkehr heranzukommen. Kommen wir nicht zu spät, sonst wird uns eine Verbindungslinie nach der anderen abgeknöpft. Der Flugverkehr muß die stete Sorge der Regierung sein. Öffentlich können bald größere Mittel eingestellt werden.

Abg. Arnold (Soz.) führt aus, man müßte den Krieg auf andere Weise bekämpfen als durch die Ablehnung von Verkehrsmitteln.

Abg. Bauer (D. Sp.) hebt das Interesse der großen Städte, darunter auch Karlsruhe, am Flugverkehr, hervor, die schon jetzt beträchtliche Mittel aufwenden, die jedoch ohne Unterstützung des Staats zu keinem Erfolg führen könnten.

Abg. Heymann (Komm.) hält an der Ablehnung fest.

Abg. Rüdert (Soz.) bemerkt in seiner Polemik gegen die Kommunisten, daß es heute keinen imperialistischeren Staat gebe als Rußland, das beispielsweise Georgien zu vernichten suche. Wir sehen im Flugwesen keine Waffe für den Krieg, sondern ein hervorragendes Instrument des Friedens.

Mit nochmaligen lebhaften Auseinandersetzungen der Abgg. Bod (Komm.) und Rüdert (Soz.) wird der Gegenstand verlassen.

Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entspinnt sich über die Festsetzung der Höhe des Postens für die

persönlichen Ausgaben bei der Bezirksverwaltung.

Sie endigt damit, daß alle Paragrafen, bei denen es sich um personelle Abstriche handelt, zur nochmaligen Prüfung an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen werden. Im Verlaufe der Debatte hatte Ministerialdirektor Föhrenbach darauf hingewiesen, daß der Personalbestand bei den Bezirksamtern kaum mehr ausreicht, die ungeheure Arbeitslast zu bewältigen.

Requiemalnoten

spricht Frau Abg. Siebert (Ztr.) über die Verunsicherung der Hebammen. Bei ungenügender Entlohnung würden an die Hebammen heute ganz außerordentliche Anforderungen gestellt.

Ministerialdirektor Föhrenbach teilt mit, daß ein Referentenentwurf über ein Hebammengesetz ausgearbeitet gewesen, aber nicht vorgelegt worden sei, da inzwischen das Reich eine entsprechende Vorlage gemacht hatte, die allerdings vom Reichstag nicht mehr verabschiedet wurde. Im übrigen werde die Regierung die Lage der Hebammen nicht aus dem Auge lassen.

Danach kommt es zu einer neuen Geschäftsordnungsdebatte über

die weitere Behandlung des Beratungstoffes.

Nach langem Für und Wider stimmt das Haus dem Vorschlag des Präsidenten zu, nächste Woche am Dienstag und Mittwoch vormittag Plenarsitzungen abzuhalten, damit die Mannheimer Abgeordneten den Nachmittag für die Teilnahme an den dortigen Vorschlagsberatungen freibekommen. Am Donnerstag soll vor- und nachmittags getagt werden. Anfrags der Woche soll der Haushaltsausschuß die noch unentschiedenen Budgetpositionen zur Erledigung bringen.

In der alsdann fortgesetzten Einzelberatung trat Abg. Amann (Ztr.) lebhaft für die Interessen der

Verufsscherei am Bodensee

ein. Der Abg. Grohmann (Soz.) schließt sich den Wünschen und Beschwerden des Vorredners im allgemeinen an. Bezüglich der Vogelwelt sei es heute tatsächlich so, daß der Deutsche schon, der Schweizer dagegen abschließt. Im Interesse des Uferschutzes sollte verhindert werden, daß das Gelände nach und nach in private Hände kommt. Dadurch würde der Zugang zum See versperrt, was im Interesse des Fremdenverkehrs zu bedauern ist.

Ministerialdirektor Föhrenbach bemerkt dem Abg. Amann, daß bezüglich der Fischereierordnung für den Untersee Verhandlungen mit der Schweiz schweben. Vorschläge des Bezirksamts Konstanz seien an den schweizerischen Fischereischwerfändigen weitergeleitet worden. Eine Aufhebung der Schweiz liegt noch nicht vor. Die Motorboottaxe ist für das laufende Jahr aufgehoben worden. Ob dies für die Dauer gelte, hängt von dem Beschlusse der Konferenz der Bodenseebollmännigen ab. Wir hoffen, unser Ziel der gänzlichen Aufhebung zu erreichen. Die Bedenken wegen des Uferschutzes sind nicht unbegründet. Wir werden diese Frage bei einer etwaigen Änderung des Ortsstrafengesetzes prüfen müssen.

Um 12 Uhr wird die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung, Dienstag vormittag 8 Uhr.

Aus der Landeshauptstadt

Volkshausspiel Etzheim. Wiederum hat Etzheim mit seinem Volkshaus begonnen. Ein herrliches Spieltheater begünstigte seine erste Aufführung. Im wesentlichen ist zwar alles gleichgeblieben, was man in Etzheim zu sehen und zu hören gewohnt ist, im einzelnen aber hat der unermüdete Spielleiter wieder mannigfach gefeilt und poliert. Insbesondere war er bemüht, die Vorzüge der gewaltigen Naturbühne noch gründlicher und raffinierter auszunutzen, und damit noch schönere und wirkungsvollere Bühnenbilder zu schaffen. In Übereinstimmung damit hat er auch die Volksaufzüge noch reicher ausgestattet und ihnen noch mehr Farbe, Frische und Bewegung verliehen, was insbesondere auch von den Reigenen zu sagen ist. Was man bei dieser Erstaufführung in Etzheim wieder zu sehen bekam, ist Muster, nicht nur im allgemeinen, es ist vorbildlich, auch in manchem für große Theater. Die Etzheimer bieten heute ein so vollendetes Schauspiel und haben von ihren Rollen fast so Besitz genommen, daß sie imstande sind, sich an der Idee und ihrem eigenen Können zu begeistern und mit ihrem herzerquickenden Spiel auch die Zuschauer mitzureißen. Bei der Unzahl von Festen aller Art stand der Besuch des ersten Spieltags noch nicht auf voller Höhe, er wird aber bei der unwiderstehlichen Kraft des Gebotenen nicht lange zu wünschen übrig lassen.

Sendungen mit der Bezeichnung „Bahnhofpostlagernd“. Um zu erreichen, daß Sendungen mit der Bezeichnung „Bahnhofpostlagernd“ oder mit einer ähnlichen Angabe unmittelbar der in Betracht kommenden Bahnhofpostanstalt zugeführt werden, wird den Postkunden, namentlich den Geschäftsreisenden, empfohlen, die Bezeichnung „Bahnhofpostlagernd“ usw. in die Augen fällend farblich zu unterstreichen. Diese Kennzeichnung ist nötig, um die Beauftragten, die sich bei der Eile, mit der sie den Dienst wahrnehmen müssen, im allgemeinen darauf beschränken, den Bestimmungsort zu lesen, auf die besondere Behandlung der Sendung aufmerksam zu machen.

Konzert des Don-Kosaken-Chores. Unter Leitung seines Dirigenten Serge Jaroff wird der weltberühmte Don-Kosaken-Chor am Sonntag, den 10. Juni, ein einmaliges Konzert in der Festhalle geben. Der Chor hat für diesen Abend ein besonders interessantes Programm zusammengestellt, das er bereits mit den größten Erfolgen auf seiner letzten Tournee durch England, Frankreich, Belgien und Holland zur Aufführung brachte. Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn wir annehmen, daß dieses Konzert für Karlsruhe wieder ein musikalisches Ereignis bedeuten wird. Es empfiehlt sich daher für alle, die diesen wunderbaren Chor hören wollen, sich möglichst bald mit Eintrittskarten zu versehen. Der Kartenverkauf findet in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiser- Ecke Waldstraße statt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Vor England ist eine neue ozeanische Zyklone erschienen. Ihre Vorderseite wird uns heute weit stärkere Erwärmung mit nachfolgenden Gewittern bringen. Durch weiteres Vordringen des Tiefes steht uns wieder Abkühlung mit Niederschlägen bevor. Die jetzt in steter Folge vom Ozean nachrückenden Tiefdruckgebiete lassen noch mehrere Tage veränderlichen Bitterungscharakter erwarten. **Wetterausblick für Sonntag:** Kühler, zeitweise Regen, bei frischen westlichen Winden, veränderlicher Bitterungscharakter, noch mehrere Tage anhaltend.

Kurze Nachrichten aus Baden

bl. Heidelberg, 8. Juni. Professor Dr. Wilhelm Lüttge in Heidelberg ist am Mittwoch an den Folgen einer Operation im 46. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbene war seit 1. April an der hiesigen Universität tätig, nachdem er vorher seit 1911 an der Berliner Universität gewirkt hatte. Er war Professor der Theologie und der religiösen Philosophie an der hiesigen Universität gewesen.

bl. Heidelberg, 8. Juni. Der Landesverband badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, der seinen Sitz in Heidelberg hat, hält in den Tagen vom 8. bis 11. Juni dort seine ordentliche Landesversammlung ab und bezieht in einer Festtagung das 50 jährige Bestehen des Verbandes.

bl. Mannheim, 9. Juni. Unter dem Verdacht, den Mord an den beiden Mannheimer Lehrerinnen bei Breitenau verübt zu haben, wurde gestern in Mannheim ein Kaufmann namens Schnitzler aus Wien verhaftet, jedoch haben sich Beweise für die Täterschaft bisher nicht ergeben. Die von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, kommt Schnitzler als Mörder nicht in Betracht. Er befand sich nach den angestellten Ermittlungen am 29. Mai in Paris und begab sich von dort nach Basel, wo ihm aber die Einreise verweigert wurde. Zur Stunde der Tat war er nicht in der Gegend des Thurnergebietes. Er ist im Besitz eines ordnungsmäßigen Passes aus dem u. a. hervorgeht, daß er am 6. Juni in die Schweiz fahren wollte, ihm aber von den Basler Behörden die Einreise verweigert wurde. Schnitzler, ein jüdischer Kaufmann aus Wien, der sich auch als Gelegenheitsarbeiter auswies, besitzt keine Geldmittel und trieb sich bettelnd als Landstreicher umher. Er leugnet, mit der Mordtat in Freiburg in Verbindung zu stehen.

bl. Baden-Baden, 8. Juni. Heute mittag wurde die Lehrerin Luise Gersbach, das eine der beiden Opfer vom Thurner, auf dem hiesigen Friedhof beigesetzt. Eine große Trauergemeinde war trotz strömenden Regens erschienen. — Auf dem Friedhof in Seckenheim bei Mannheim wurde die Lehrerin Ida Gersbach nach dem Familiengrab zur letzten Ruhe getragen. Die ermordeten Lehrerinnen entstammen einer weitverzweigten alten Lehrerfamilie, die von Niederhof (Amt Säckingen) stammt. Der in Gengenbach lebende Vater der Luise Gersbach, Pius Gersbach, ist in Säckingen geboren, und der in Waldsbut lebende Lehrerveteran Johann Gersbach ist ein Großonkel der Ermordeten.

bl. Mönchweiler (bei Billingen), 8. Juni. Das Doppelhaus der Landwirte Johann Doss und Johann Storz, das als das älteste Haus des Schwarzwaldes gilt, ist niedergebrannt. Das Haus soll seit 200 Jahren stehen, war völlig aus Holz errichtet und mit Schindeln gedeckt. Wohnräume, Stallungen, Scheune und Schopf befanden sich unter einem Dach. Das Haus brannte bis auf den Grund nieder. Nur der Viehbestand wurde gerettet.

bl. Berg (bei Germerheim), 8. Juni. Im Laufe des 4. Juni wurde in Berg der Deutsche Walter Holzer von der französischen Militärbehörde verhaftet unter der Beschuldigung, angeblich einen französischen Offizier auf Bahnhof Maximiliansau mit einem Waffensystem auf den Kopf geschlagen zu haben, um einen Kameraden aus den Händen des Offiziers zu befreien.

bl. Straßburg i. G., 8. Juni. Die Landwirtschaftskammer des Oberelsaß hat sich nach dem Vorgang der unterelssischen erneut energisch für die Neuregelung des kleinen Grenzverkehrs ausgesprochen. Sie wünscht, daß der Zwangsbesitz werden soll, weil er den wirtschaftlichen und Handelsinteressen nicht entspricht.

Staatsanzeiger

Die Festsetzung des Zuschlags zu den Brandentfischungen.
Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zu gewährende Zuschlag zu der gesetzlichen Brandentfischung wird bis auf weiteres in der Weise festgesetzt, daß für Schadensfälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude in der Zeit vom 1. Mai 1928 an erfolgt, eine Gesamtschadensentschädigung (Grundentschädigung samt Zuschlag) in Reichsmark gewährt wird, die sich auf das 1,55fache der nach Baupreisen vom 1. August 1914 festgesetzten Entschädigung beläuft.
Karlsruhe, den 6. Juni 1928.

Der Minister des Innern
Kemmeler

Betrieb eines Totalisators bei den vom Rennverein Achern veranstalteten Pferderennen.
Dem Rennverein Achern ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am Sonntag, den 15. Juli 1928, in Achern stattfindenden Pferderennen erteilt worden.
Karlsruhe, den 6. Juni 1928.
Der Minister des Innern
J. v. Börsenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zurückgenommen:
Die Versetzung des Regierungsrats Paul Dufner beim Bezirksamt Emmendingen an das Bezirksamt in Regl.
Justizministerium

Berufen:
Die Justizobersekretäre Friedrich Schadt beim Landgericht Freiburg zum Amtsgericht Mannheim und Wilhelm Schweizer beim Amtsgericht Freiburg zum Landgericht daselbst; die Justizsekretäre Andreas Birkhoff beim Notariat daselbst; die Notariate Achern und Rudolf Ströhoffer beim Notariat Achern zum Notariat Mastatt; die Kanzleiassistenten Leopold Bisel beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst und August Feinrich beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht daselbst; die Kanzleiassistenten August Frey bei der Staatsanwaltschaft Konstanz zum Amtsgericht daselbst und Jakob Roth beim Amtsgericht Konstanz zum Notariat daselbst.
Zurückgesetzt auf Antrag:
Justizsekretär Christian Brecht beim Justizministerium bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Bestorben:
Gendarmehauptwachmeister Ambrosius Müller in Neunkirchen.

Messe bei Knopf

Eine Verkaufsveranstaltung von großer Bedeutung im ganzen Hause
Außergewöhnlich niedrige Preise / Innendekoration im Messe-Stil

Geschw. Knopf, Karlsruhe

Festhalle
Morgen Sonntag
den 10. Juni 1928, abends 8 Uhr

Der

Don-Kosaken

Chor
mit Serge Jaroff

Der Chor der größten Walterfolge 668

Karten zu 4, 3, 2,50, 2 RM. in der Musikalienhandlung
Kaiser-, Ecke Waldstraße

Fritz Müller Telefon 388

Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Sie retten Ihr Geld!

Wenn Sie Ihre dubiosen ausgeklagten Forderungen

sofort dem größten, deutschen Spezialinkasso-Institut zum Einzug übergeben

CREDO Kreditschutz für Handel, Industrie u. Gewerbe G. m. b. H.
KARLSRUHE
Höbelstr. 9 Telefon 4759

Vereinsregister.

Triberg, N. 240 Vereinsregistereintrag zu N. 3. 10: **Turnverein Schönach**: Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 31. März 1928 ist die Satzung neu aufgestellt. Die Bezeichnung des Vereins ist in „Turnverein Schönach 1883“ geändert. Zwei Mitglieder des Turnrates — der 1. Vorsitzende mit dem Schriftführer oder dem 2. Vorsitzenden — bilden den Vorstand im Sinne des § 26 WGB.
Triberg, 1. Juni 1928. Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Sonntag, 10. Juni
* E 29
Mignon
von Thomas
Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von Dr. Herrn. Bucherpfennig
Wilhelm Meister Rentwig

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben
Die 12. Juni:
Die Herzogin von Badna
Di. 13. Juni: **Oktobertag**

Im Stadt. Konzerthaus
*Sonntag, 10. Juni
Seitenprünge
von Kurt Goetz
In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Weiden
Die **Lampe in der Hand**
Balthasar Dahlen
Adolar Leitzge
Alice Bertram
Beatrice Quaiser

Der **Hund im Hirn**
v. d. Trend
Frau Professor Mietens
Littori Brand
Johann Prüiter

Lobby
Herr Schulze
Frau Müller
Hobby Kloebe
Lobby Göder
Stubenmädchen Genter

Minna Ragdalena
Professor Müller
Frau Professor Ziegler
Ead Gera
Minna Rademacher
Anfang 19^{1/2}, Ende 22
I. Rang und I. Speeritz
I. Parlett 4,10 RM

Bothario Vogel
Wignon Domes
Philine v. Ernst
Lauffötter
Laertes Kaibach
Friedrich Gröbinger
Jarno Kleinbub
Zafari
Antonio Gröbinger

Tanz einstudiert von Edith Bielefeld
Anfang 19^{1/2}, Ende n. 22^{1/2}, I. Rang und I. Speeritz 8 RM.

Montag, 11. Juni
Volksbühne 10
Carmen
von Bizet
Musikal. Leitung Jos. Strips
Regie: Robert Lebert

Carmen
Strad
Jose Witt
Escamilla Derner
Micaela Blank
Juniga Dr. Bucherpfennig
Rocales Wier
Dancairo Kaibach
Remendado Lauffötter
Frasquita Seiberlich
Percebes Winter
Villas Pastia Kleinbub
Tänze von Edith Bielefeld einstudiert
Anfang 19^{1/2}, Ende nach 22^{1/2}, I. Rang und I. Speeritz 7 RM.